



23. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall vom 18. bis 24. Oktober 2015



Gute Arbeit.
Gutes Leben.
IG Metall.

Eröffnung
18. Oktober 2015

Dokumentation der Eröffnungsveranstaltung des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstags

Frankfurt am Main, 18.10.2015

Darstellung des Ablaufs und Zusammenstellung der Reden (kein Wortprotokoll)

Moderator Yared Dibaba begrüßt die Anwesenden mit einleitenden Worten und übergibt das Wort an Detlef Wetzel.

Detlef Wetzel
Erster Vorsitzender der IG Metall

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine Damen und Herren,

herzlich willkommen in der Messehalle hier Frankfurt. Frankfurt haben wir gern gewählt für diesen Gewerkschaftstag: Denn vor fast 125 Jahren wurde hier der Grundstein gelegt für unsere IG Metall. Bis zum Jahr 1891 hatten sich die Beschäftigten innerhalb ihrer Berufsgruppen zu Verbänden zusammengeschlossen. Da gab es den Verband der Feinmechaniker, den Verband der Schlosser, den der Graveure und so weiter. Es waren aber immer mehr große Fabriken entstanden, in denen Menschen der unterschiedlichsten Berufe gemeinsam Waren produzierten. In Frankfurt kamen deswegen die Vertrauensmänner aus allen Metallberufen zusammen, um zu beraten, nämlich ob sie sich nicht zu einem großen Branchenverband zusammenschließen sollten: So könnten sie die Interessen aller, die in einer Fabrik zusammenarbeiten, viel besser durchsetzen. Und die Kräfte gegen die Macht der Unternehmer in der Metallindustrie besser bündeln.

Damals haben diese Vertrauensmänner also eine neue Form von Solidarität diskutiert: Die Solidarität innerhalb einer Belegschaft, und die Solidarität mit allen Menschen, die in der gleichen Industrie tätig sind. Man sagt, es wurde leidenschaftlich über mehrere Tage diskutiert. Dann wurde demokratisch abgestimmt. Die große Mehrheit stimmte für den neuen Verband. Und so wurde der Deutsche Metallarbeiter-Verband gegründet, der später zu unserer IG Metall wurde.

Liebe Delegierte,
wie Ihr seht, hatten unsere gewerkschaftlichen Wegbereiter auf diesem Frankfurter Gründungskongress schon drei Prinzipien, die uns auch heute noch auszeichnen: die Einheit, eine offene Diskussion und demokratische Beteiligung. Ich begrüße Euch also zu unserem „Parlament der Arbeit“.

Ihr werdet in den nächsten Tagen – genauso wie die Kollegen damals – über unsere Zukunft beraten. Es wird Beschlüsse geben zur Gesellschaftspolitik, zu unserer Betriebs- und Tarifpolitik und zu unserer Organisationspolitik. Ja, wir werden uns der Zukunft stellen und dabei werden wir aber unsere Traditionen nicht über Bord werfen: Einheit, Solidarität und Demokratie waren von Anfang an unsere Leitplanken, sie sind es heute noch – und sie werden es auch in Zukunft sein, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte betonen: Demokratie ist nicht nur die Form, wie wir politische Prozesse organisieren. Solidarität ist nicht nur, dass sich Starke für Schwache einsetzen. Beides zusammen ist viel mehr, nämlich die Voraussetzung für Gerechtigkeit. Solidarität und Demokratie sind die Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft.

Uns Gewerkschaftern muss man nicht sagen, wie Solidarität im betrieblichen Alltag aussieht. Darin sind wir Expertinnen und Experten. Und um nur einige Beispiele zu nennen:

- Gleiches Geld für gleiche Arbeit,
- fair in Rente,
- Solidarität mit anderen Standorten,
- Respekt und Toleranz im Betrieb.

Wir können stolz darauf sein, was wir uns mit unserem Verständnis von Solidarität vorgenommen haben und vor allem was wir erreicht haben. Wir ziehen da auch keine Grenze um das Werksgelände. Für uns gilt: Ein Tarifvertrag für alle, die entlang der Wertschöpfungskette, unserer Produkte, arbeiten! Und wir ziehen da auch keine Grenze rund um die Republik. Die Globalisierung hat dem neoliberalen Wirtschaften Tür und Tor geöffnet. Wichtiger denn je ist daher die Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der ganzen Welt. Ich begrüße unsere Gäste, die aus dem Ausland angereist sind. Ich begrüße Ulrich Eckelmann, den Generalsekretär von industriAll Europe sowie den frisch gewählten stellvertretenden Generalsekretär des EGB, Peter Scherrer.

Wir können auch stolz sein, dass wir weit in die Gesellschaft hinein wirken. Unsere sozial- und bildungspolitischen Forderungen stehen ebenfalls fest auf dem Sockel der Solidarität. Bildung und Gesundheit dürfen keine Frage des Geldbeutels oder der Herkunft sein. Und Kolleginnen und Kollegen, es hat mich tief bewegt, zu welcher Größe und Stärke die Solidarität mit den Flüchtlingen gewachsen ist. Wir haben die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger erlebt. Und ich weiß: Viele von Euch haben auch als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Gesicht gezeigt. Viele Verwaltungsstellen haben mit Herz und Hand geholfen. Und – noch wichtiger: Als Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter habt Ihr in den Betrieben die Integration von Flüchtlingen auf die Tagesordnung gesetzt. Das ist gelebte Solidarität! Der wichtigste Ansatz in der Flüchtlingspolitik ist, den Menschen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Wir werden alle Kraft daran setzen, unseren Beitrag für eine echte Integrationspolitik zu leisten.

Das bedeutet: Die Investitionen in Bildung und Qualifizierung von Flüchtlingen müssen in reguläre Beschäftigung münden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden nicht zulassen, dass die Flüchtlinge zum neuen „Argument“ für Lohndumping werden. Es hat da schon Vorstöße seitens der Arbeitgeber gegeben. Nach dem Motto: Die können erst mal nichts, also bezahlen wir unter Tarif. Ich sage: Unsere tariflichen Entgeltstufen haben den Spielraum, auch einfachste Tätigkeiten in der Industrie anständig zu bezahlen. Da gibt es nichts nach unten zu regeln. ALLE Menschen haben das Recht auf Mindestlohn oder Tariflohn!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die Sozialpartnerschaft ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren der deutschen Wirtschaft. Das bedeutet nichts anderes, als dass Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam Verantwortung tragen. Die Fragen von Tarifautonomie, Flächentarifverträgen und Tarifbindung gestalten wir für alle Menschen. Unsere Botschaft an die Arbeitgeber lautet: Solidarität und Gerechtigkeit sind unser erstes Gebot! Daran wird nicht gerüttelt. Die großen Debatten, die wir als Tarifpartner in den nächsten Jahren führen werden, werden sich zum Beispiel um den Missbrauch von Werkverträgen drehen, oder auch um eine moderne Arbeitszeitpolitik.

Wir freuen uns, dass sich die Arbeitgeber heute schon für die IG Metall von morgen interessieren. Und damit begrüße ich herzlich: Oliver Zander von Gesamtmetall, Bernhard Strippelmann vom Arbeitgeberverband Stahl und Reinhard Göhner von der BDA. Begrüßen möchte ich auch den Vorsitzenden des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise. Er hat es trotz seiner neuen zusätzlichen Aufgabe geschafft, heute hier zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, wen ich heute noch nicht begrüßen kann, das ist Peter Feldmann. Er wird erst morgen dazu stoßen – er ist der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt. Einer Stadt, die politisch kaum widersprüchlicher sein könnte: Für viele ist sie der Inbegriff des Finanzkapitalismus – mit der Paulskirche aber auch die historische Wiege unserer Demokratie. Dieses Nebeneinander ist ein gutes Sinnbild für die große Frage, die wir als Gesellschaft beantworten müssen. Wem überlassen wir die Deutungshoheit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft? Der Demokratie oder dem Diktat des Kapitals? Unsere Antwort ist klar: Wer eine gerechte Gesellschaft will, der lässt nicht zu, dass die Mehrheit der Menschen zum Spielball der Interessen einiger weniger wird – einiger weniger, die aufgrund ihres Geldes Macht und Einfluss haben. Demokratische Mitsprache ist der zweite Grundpfeiler für mehr Gerechtigkeit. Die Demokratie ermöglicht uns Freiheit. Wir können Vereine und Parteien gründen. Wir können frei unsere Meinung sagen und unsere Religion frei wählen. Die Demokratie ermöglicht uns, selbstbestimmt zu leben und unsere Interessen durchzusetzen. Die Demokratie ermöglicht ein gutes Leben für alle. Sie funktioniert aber nur, wenn viele sich beteiligen. Nur dann profitiert auch die Mehrheit der Menschen. Deswegen sagen wir als IG Metall: Sich beteiligen zu können, ist die Grundlage für Fortschritt! Unsere Erfahrung zeigt: Die Beschäftigten sind die Experten in Sachen Arbeit. Demokratie in der Wirtschaft ist daher zentraler Baustein für wirtschaftlichen Erfolg. Wenn die Beschäftigten mitreden, sind Unternehmen erfolgreicher und können Krisen besser meistern. Demokratie in der Wirtschaft bedeutet Fortschritt, Interessenausgleich und sorgt eben auch für Gerechtigkeit.

Wir als IG Metall haben uns vor einigen Jahren selbst die Aufgabe gestellt, eine Beteiligungsgewerkschaft zu werden. Das war nötig. Denn die Arbeitswelt ist komplex

geworden. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Die Entgrenzung der Arbeit verlangt neue Antworten zur Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben und zur Gesundheitsprävention.
- Bildung und Weiterbildung sind nicht nur Fragen der Jungen. Sie begleiten das ganze Arbeitsleben.
- Durch die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt sind neue Beschäftigtengruppen entstanden, wie Leiharbeiter und Werkverträger.
- Durch Outsourcing und neue Unternehmensformen gelten für die Beschäftigten die unterschiedlichsten Mitbestimmungsrechte.

Ich glaube, es gibt nicht mehr eine Antwort für alle. Die Interessen sind vielfältiger geworden. Unsere IG Metall muss lernfähig bleiben. Ohne unsere bewährten Konzepte der Interessenvertretung zu vernachlässigen haben wir gesagt: Wir müssen die Mitglieder beteiligen. Eine moderne IG Metall geht nur mit den Menschen. Auf unserem Weg zur Beteiligungsgewerkschaft haben wir neue Möglichkeiten und Methoden geschaffen – nämlich: den Kolleginnen und Kollegen zuzuhören, sie zu ermutigen, die Dinge selbst zu gestalten, die Meinungen und Trends zu erfassen und sie in alle Ebenen der Gewerkschaftsarbeit zu integrieren. An dieser Stelle danke ich Euch – den Aktiven in der IG Metall. Ohne Euch wäre das nicht möglich gewesen. Das war eine Gemeinschaftsleistung, die sich sehen lassen kann: Die IG Metall wächst an Mitgliedern. Wir gewinnen an politischem und betrieblichem Einfluss. Wir sind die größte Gewerkschaft der freien Welt. Das ist die Bilanz Eurer Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,
wir haben auch keine Nachwuchs-Sorgen: Wir sind der größte politische Jugendverband in Deutschland. Von „IG Metall-Verdrossenheit“ keine Spur. Wir haben es in Deutschland aber mit einer „gewissen Politik-Verdrossenheit“ zu tun. Und das ist brandgefährlich! Denn der Sinn von Demokratie ist ja, eine Gesellschaft immer wieder neu danach auszurichten, dass die größtmögliche Zahl der Menschen ein gutes Leben hat. Ich rede bewusst von einer „gewissen“ Politik-Verdrossenheit. Denn wir wissen, dass sich vor allem diejenigen von Politik und Demokratie abwenden, die vom Rest der Gesellschaft abgehängt sind. Diejenigen, für die Chancen und Wohlstand zu Fremdwörtern geworden sind. Ich bin überzeugt es gibt Gründe, nämlich wenn Reiche immer reicher werden, wenn der Lohn nicht zum Leben reicht, wenn die soziale Herkunft den Bildungsweg bestimmt, wenn das Finanzsystem tiefe Krisen auslösen kann. Dann wundert es mich nicht, dass Demokratie immer öfter die Überschrift bekommt „Interessiert mich nicht. Die machen ja sowieso, was sie wollen“. Ich bin allerdings auch der Meinung, die Politikerinnen und Politiker hätten mehr Anerkennung verdient. Denn, und das sage ich in Richtung Politik, seit der letzten Bundestagswahl bewegt sich endlich was für die 43 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.

Ich freue mich, dass Bundestagsabgeordnete heute hier sind ebenso wie Europa-Abgeordnete. Zu uns gekommen sind auch Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der Linken sowie Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD. Und auch einen unserer prominenten IG Metall-Mitglieder in der Politik darf ich heute herzlich begrüßen: Unseren Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel. Herzlich willkommen.

Ja, lieber Sigmar,
wir freuen uns, dass Du bei uns bist. Aber noch mehr freuen wir uns, dass die jetzige große Koalition endlich wieder richtige politische Weichenstellungen getroffen hat. Mit dem Mindestlohn, dem Rentenpaket und der Stärkung des Tarifsystems sind wir der Neuordnung des Arbeitsmarkts näher gekommen. Gut ist auch, dass wir Gewerkschaften in den „Prozess Arbeit 4.0“ im Arbeitsministerium eingebunden sind. Aber wir warten noch darauf, dass die Politik endlich den Missbrauch von Werkverträgen verhindert. Das hast Du uns auf dem letzten Gewerkschaftstag versprochen, lieber Sigmar! Am Freitag kommt Andrea Nahles – sie wird uns hoffentlich über den Stand des Gesetzes zu Werkverträgen informieren. Den Entwurf werden wir daran messen, ob er das Übel bei der Wurzel packt. Mit ein paar Korrekturen geben wir uns nicht zufrieden.

Unsere Forderungen kennt Ihr: Wir brauchen eindeutige Kriterien: Was ist Werkvertrag, was Leiharbeit. Und Regelungen, die die Schlupflöcher für die Arbeitgeber schließen. Wir wollen starke Informations- und Vertretungsrechte für die Betriebsräte. Es kann doch nicht sein, dass nicht einmal die Personalabteilung weiß, wie viele und welche Beschäftigte von Fremdfirmen eingesetzt werden. Und es kann auch nicht sein, dass Beschäftigte auf dem Werksgelände arbeiten, aber keinen haben, an den sie sich mit Problemen und Fragen wenden können. Und drittens fordern wir: Mitspracherechte. Der Betriebsrat hat heute beim Outsourcing nur eine Zuschauerrolle. Wir fordern, dass der Betriebsrat in Zukunft darüber mitentscheidet, ob und in welchen Bereichen Werkverträge eingesetzt werden dürfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
echte Mitbestimmung bei Werkverträgen ist ohnehin nur ein Minimum dessen, was wir eigentlich wollen: Wir wollen eine grundsätzliche Ausweitung der Mitbestimmung. Deshalb ist klar, und das wird auch Thema in den nächsten Tagen sein: Wir als Gewerkschaften werden da weiterhin Druck machen mit der „Offensive Mitbestimmung“. Da spreche ich sicherlich im Namen des DGB und aller DGB-Gewerkschaften. Ich begrüße an dieser Stelle den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und die Stellvertretende Vorsitzende Elke Hannack sowie Annelie Buntenbach und Stefan Körzell, beide ebenfalls aus dem DGB-Vorstand.

Außerdem: von der IG BAU Robert Feiger, Dietmar Schäfers und Harald Baum, von der IG BCE Michael Vassiliadis, von der EVG Alexander Kirchner, von der GEW Petra Grundmann, von der NGG Claus-Harald Güster und die Kollegin Andrea Kocsis von Verdi. Wir freuen uns sehr, dass Ihr da seid.

Fest mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften verbunden sind der Automobilclub Europa – heute hier in der Person des Vorsitzenden Stefan Heimlich –, der DGB-Rechtsschutz mit seinem Geschäftsführer Reinhard-Ulrich Vorbau und die GUV, vertreten durch Olaf Hofmann. Herzlich willkommen.

Ich glaube, ich kann auch im Namen aller Gewerkschaften sprechen, wenn ich sage, dass wir zurzeit das Wort „Bundeswirtschaftsministerium“ gern in den Mund nehmen. Eine Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, so wie wir sie jetzt erleben, wäre mit den früheren Ministern aus CSU und FDP niemals denkbar gewesen. An uns lag das nicht: Wir Gewerkschaften standen da vor verschlossenen Türen. Wohlgemerkt: Die Arbeitgeber durften rein. Dass nun auch Arbeitnehmer beteiligt werden, ist ein gutes und wesentliches

Zeichen in Richtung mehr Demokratie. Denn die wirtschaftlichen Fragen, die es für die Zukunft Deutschlands zu beantworten gilt, sind von enormer Reichweite für uns alle. Wie wird die Zukunft der Industrie aussehen? Welche Auswirkungen wird die Industrie 4.0 auf die Beschäftigten haben? In den Arbeitsgruppen und in unserem neu geschaffenen Bündnis „Zukunft der Industrie“ stehen wir noch am Anfang. Auch bei der Energiewende gibt es offene Punkte. Strompreise, Versorgungssicherheit und Klimaschutz müssen miteinander vereinbart werden. Des Weiteren muss der Emissionshandel so gestaltet werden, dass eine schleichende Deindustrialisierung in den Grundstoffindustrien nicht stattfindet. Dafür wollen wir uns einsetzen und wir bauen da besonders auf Dich, lieber Sigmar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
was genau unsere Programmatik in den nächsten Jahren sein wird, darüber debattieren wir ab morgen. Unser Arbeitspaket ist wie immer prall gefüllt. Aber so ein Gewerkschaftstag soll ja auch ein Ort des Wiedersehens und des Austauschs sein. Deshalb begrüßen wir unsere ehemaligen Ersten Vorsitzenden Franz Steinkühler, Jürgen Peters und Berthold Huber sowie unseren ehemaligen Zweiten Vorsitzenden Walter Riester. Ebenso herzlich begrüße ich die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Ulrike Mascher, sowie den Präsidenten des Sozialverbands Deutschland Adolf Bauer.

Wichtig für uns als IG Metall ist auch der Kontakt zu den Institutionen der Deutschen Rentenversicherung und des Bundessozialgerichts. Daher begrüße ich den Präsidenten der DRV Axel Reimann sowie Peter Masuch als Präsidenten des Bundessozialgerichts. Wichtige Bündnis- und Gesprächspartner der IG Metall sind auch die Kirchen, die sozialen Verbände und andere Nichtregierungsorganisationen. Es freut mich, dass sie zahlreich vertreten sind. Sehr gefreut hat mich die Zusage von Aiman Mazyek. Er ist Vorsitzender des Zentralrats der Muslime. Eine Premiere – und deshalb ist es eine besondere Freude, Sie hier begrüßen zu dürfen.

Wir freuen uns genauso über viele andere ehemalige Mitglieder des Vorstands, viele Arbeitsdirektoren und viele Gäste aus Wissenschaft und Bildung, aus den politischen Stiftungen und Verbänden und natürlich die Journalistinnen und Journalisten.

Euch und Sie alle namentlich zu begrüßen ist leider unmöglich.
Wir brauchen ja noch Zeit für Reiner Hoffmann und Sigmar Gabriel.

Ihr wisst aber: Ihr alle seid uns herzlich willkommen! Sie alle sind uns herzlich willkommen!

Yared Dibaba kündigt die Sandmalerei der Künstlerin Kathrin Weißensee an. Im Anschluss folgt die Rede von Reiner Hoffmann.

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lieber Sigmar, lieber Detlef, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte!

Im Namen des DGB-Bundesvorstandes überbringe ich Euch die solidarischen Grüße zur heutigen Eröffnung des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall.

Die Gewerkschaften in Deutschland können auf eine lange, erfolgreiche Geschichte zurückblicken. Sie ist aber auch gekennzeichnet durch Niederlagen und schmerzhaftes Zersplittern. In diesem Jahr kann die Gewerkschaft NGG auf 150 Jahre Geschichte zurückblicken und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie hat vor wenigen Wochen ihr 125-jähriges Jubiläum gefeiert. Im kommenden Jahr feiert Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, feiert die IG Metall, ihren 125. Geburtstag.

In diesem Jahr können wir auf ein weiteres Jubiläum zurückblicken, das für die Erfolge der Gewerkschaften nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts zentral ist. Nach der Zersplitterung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik und nach der Zerschlagung der Freien deutschen Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 wurde vor 70 Jahren in Aachen die Einheitsgewerkschaft gegründet. Die Einheitsgewerkschaft ist ein Vermächtnis an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die im Widerstand ihr Leben ließen. Kaum ein Name ist so sehr damit verbunden, wie der von Wilhelm Leuschner, den wir in diesem Jahr anlässlich seines 125. Geburtstages gewürdigt haben. Die Verwirklichung der Einheitsgewerkschaft hat uns stark gemacht und ist heute und in Zukunft die Grundlage für erfolgreiches gewerkschaftliches Handeln.

Eng mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft ist der Grundsatz „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ verbunden. Darin sind wir uns im DGB einig. Wir wissen, dass wir uns auf unseren Erfolgen nicht ausruhen können. Wir müssen ständig daran arbeiten, die Einheit zu erhalten. Auch die Einheitsgewerkschaft bedarf der ständigen Neujustierung. Ohne diese Erneuerungsfähigkeit werden wir mit den radikalen Umbrüchen in unserer Arbeitswelt und der zunehmenden Verflüssigung von traditionellen Branchenstrukturen, neuen Wertschöpfungsstrukturen nicht Schritt halten können. Das wisst Ihr selbst am besten! Kein einfaches Unterfangen und im DGB haben wir es uns nicht immer nur leicht gemacht. Um das Tarifeinheitsgesetz haben wir hart gerungen, aber am Ende überwog die Geschlossenheit. Dafür auch an Euch ein herzliches Dankeschön. Gemeinsam werden wir dem Grundsatz „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag“ wieder größere Wirkung verschaffen. Das sagen wir vor allem den Arbeitgebern, die täglich Tariffucht begehen, indem sie sich erst gar keinem Arbeitgeberverband anschließen um tariffrei zu bleiben oder Tariffucht durch OT-Mitgliedschaften betreiben. Diesem Unfug müssen wir ein Ende setzen!

Damit bin ich bei meinem nächsten Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Eurem Kampf, unserem gemeinsamen Kampf gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. Dafür habt Ihr Euch mit all Eurer Macht und Organisationskraft eingesetzt. Mit Eurem Aktionstag am 27. September und am Welttag für menschenwürdige Arbeit habt Ihr klare Zeichen gesetzt: Lohndrückerei durch Werkverträge muss ein Ende haben! Und bei der Leiharbeit? Da seid Ihr in der IG Metall, aber auch andere DGB-Gewerkschaften, mit tarifvertraglichen Branchenzuschlägen ein großes Stück weiter als der Gesetzgeber! Ich bin

mir sicher, da werden Andrea Nahles und Du lieber Sigmar, sich politisch ordentlich ins Zeug legen, damit eine gesetzliche Regelung gegen Missbrauch jetzt rasch gelingt.

Ein Wort zum gesetzlichen Mindestlohn.

Das ist ein historischer Erfolg für uns! Dafür haben alle Mitgliedsgewerkschaften des DGB mit vereinten Kräften gekämpft. Und das ist ein Erfolg der SPD, da habt Ihr gestanden und dafür kann man auch mal Dankeschön sagen, lieber Sigmar. Das war nicht nur einfach, es gab nicht wenige bei Eurem Koalitionspartner, die das Gesetz gerne weich gespült hätten. Wir wissen, die zukünftige Entwicklung des Mindestlohns hängt nicht zuletzt von erfolgreichen Tarifabschlüssen ab! Auch deshalb müssen wir den Flächentarif und die Tarifautonomie stärken. Und in der Tarifpolitik seid Ihr, liebe Kollegen und Kollegen, darin ist die IG Metall richtig gut!

Um die gewaltigen Herausforderungen, die vor uns liegen bewältigen zu können, brauchen wir starke, mitgliederstarke Einheitsgewerkschaften. Nur mit vereinten Kräften können wir den Wandel der Arbeitswelt gestalten und den Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland sichern.

Viele der Entschließungen und Anträge, die Ihr hier beraten werdet, stehen im Zeichen von Globalisierung, Digitalisierung und demographischem Wandel. Mit diesen Trends ist ein weitreichender nationaler, europäischer und internationaler Strukturwandel, sind gewaltige Umbrüche verbunden. Wir wissen, mit diesem Transformationsprozess sind gewaltige Chancen aber auch erhebliche Risiken verbunden. Wir müssen überzeugende Antworten auf die Frage finden, wie es uns gelingt die Arbeit der Zukunft, gute digitale Arbeit, „Arbeit 4.0“ zu gestalten.

Zugleich dürfen wir die analoge Arbeitswelt nicht aus den Augen verlieren, in der viele Probleme bis heute nicht gelöst sind. Und wir müssen denen eine Perspektive bieten, die – aus welchem Grunde auch immer – nicht mit dem rasanten Wandel Schritt halten können. Und wir müssen dafür sorgen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland sich im internationalen Wettbewerb behauptet, um Beschäftigung, Wohlstand und nachhaltiges Wachstum zu sichern. Dafür brauchen wir Innovationsstärke und eine stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung. Wir brauchen bessere Bildung, mehr Weiterbildung und neue Qualifizierungsangebote. Wir brauchen Investitionen in Infrastruktur und in ein hohes Niveau an öffentlicher Daseinsvorsorge. Deshalb ist es gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die IG Metall das Bündnis „Zukunft der Industrie“ gemeinsam mit dem BDI und Sigmar Gabriel auf den Weg gebracht hat. Deshalb haben sich der DGB, die IG BCE, die IG BAU und die NGG diesem Bündnis angeschlossen.

Ein erfolgreicher Übergang in die „Industrie 4.0“ wird umso besser gelingen, wenn er eingebettet ist in eine stimmige industriepolitische Strategie der EU. Auch daran arbeiten wir im Bündnis „Zukunft der Industrie“. Wir unterstützen das Ziel der EU-Kommission, die Wertschöpfung der Industrie am BIP bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen. Das wird aber nur gelingen, wenn die neue Kommission unter Jean-Claude Juncker einen grundlegenden Kurswechsel vollzieht. Das europäische Investitionsprojekt – der Juncker-Plan – ist ein erster Anfang. Er reicht aber nicht. Eine nachhaltige europäische Investitionsstrategie wird nur gelingen, wenn endlich eine grundlegende Abkehr von der rigorosen Sparpolitik – genannt Austerität – erfolgt. Mit einem Europäischen Marshallplan haben wir, gemeinsam mit dem

EGB, Alternativen aufgezeigt. Gemeinsam mit industriAll und dem neuen Team des Europäischen Gewerkschaftsbundes werden wir uns noch stärker dafür einsetzen, dass diese Alternativen endlich auch umgesetzt werden. Das soziale Europa, nicht lediglich das Europa der Konzerne, muss wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Der soziale Dialog muss endlich wieder funktionsfähig gemacht werden. Und unter dem Deckmantel von „Better Regulation“ und „Refit“ darf es keine weitere Deregulierung von Sozialstandards, Arbeitsschutz- und Gesundheitsschutzbestimmungen geben. Die Tarifautonomie muss nicht nur in Deutschland, sie muss überall in Europa wieder gestärkt werden. Dafür müssen wir uns mächtig ins Zeug legen! Und ins Zeug legen müssen wir uns auch dafür, dass die EU Kommission die Chance nutzt, statt reinem Freihandel für wenige, menschengerechten Welthandel für alle in den Mittelpunkt der TTIP-Verhandlungen mit den USA zu stellen. Morgen gehen die Verhandlungen in Miami weiter.

Dass TTIP die Menschen bewegt, nicht nur auf der machtvollen Demonstration am 10. Oktober in Berlin, sondern an vielen Orten Europas und in vielen nationalen Parlamenten, hat die EU-Kommission nun hoffentlich verstanden. Lieber Sigmar, Du weißt, auch wenn Dich unsere Teilnahme an der Berliner Kundgebung ein wenig verwundert hat, dass wir weiterhin an den Zielen in unserer gemeinsamen Erklärung festhalten: Mehr Transparenz in den Verhandlungen. Demokratie verträgt keine Geheimdiplomatie, auch nicht bei den TTIP-Verhandlungen. Keine privaten Schiedsgerichte. Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sicherstellung des europäischen Vorsorgeprinzips statt des US-amerikanischen Nachsorgeprinzip beim Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Und gemeinsam mit den amerikanischen Gewerkschaften sagen wir: Anerkennung der ILO-Kernarbeitsnormen ist Pflicht! Denn: Fairer Handel geht nur mit starken Arbeitnehmerrechten. Da sind die Kernarbeitsnormen der ILO das Mindeste! Und: Was für TTIP gilt, muss auch für CETA gelten.

Die Flüchtlingskrise bewegt uns alle sehr. Und es ist klasse, mit welchem Einsatz ehren- und hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen aus allen Gewerkschaften sich in den letzten Wochen engagiert haben. In Eurer Erklärung „Für eine solidarische und nachhaltige Flüchtlingspolitik“ habt Ihr unter anderem deutlich gemacht, dass die Leitlinie des Handelns aller Akteure sein muss, Perspektiven und Sicherheit am Arbeitsmarkt für alle zu schaffen. Daher ist die Aufhebung des Leiharbeitsverbots für Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten das falsche Signal. Das Thema wird Euch auf dem Kongress beschäftigen. Es wird uns alle in den nächsten Wochen und wohl Jahren beschäftigen. Es wird nicht nur einfach sein. Aber wir werden uns allen massiv und unmissverständlich entgegenstellen, die mit dumpfen Parolen, Ausländerfeindlichkeit, Hass und leider auch Gewalt gegen Menschen, die aus purer Not zu uns kommen, agitieren.

Lasst mich zum Schluss die Gelegenheit nutzen, Dir lieber Detlef, ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren zu danken. Insbesondere in den letzten Monaten, seit dem Ihr mich an die Spitze des DGB gewählt habt. Aber auch für die Zusammenarbeit in den vielen Jahren davor.

Und Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich gute Beratungen, erfolgreiche Wahlen und einen guten Kongressverlauf.

Glück auf!

Yared Dibaba kündigt die Totenehrung an.

Es folgt eine mit Musik unterlegte Präsentation mit Namen verstorbener Mitglieder.

Yared Dibaba leitet zur anschließenden Rede von Sigmar Gabriel über.

[Das Redemanuskript lag bis Redaktionsschluss nicht vor.]

Yared Dibaba verweist auf den anschließenden Hessischen Abend und bittet den Künstler Max Raabe auf die Bühne.